

# Die Wahrheit, ist sie nicht konkret? Erfahrungen und Überlegungen eines Zeitgeschichtlers in der Politikwissenschaft

Hans Karl RUPP

Thema dieses Artikels sind meine Erfahrungen als Zeitgeschichtler in der Bundesrepublik von den sechziger Jahren an und in der Auseinandersetzung mit Politik- und Sozialwissenschaftlern und auch mit der Studentenbewegung an deutschen Universitäten<sup>1)</sup>. Denn ich bin — trotz Forschungs- und Lehrtätigkeiten an drei politikwissenschaftlichen Instituten (Bonn, Heidelberg und Marburg) — im wesentlichen Zeitgeschichtler, also einer, dessen wissenschaftliches Interesse der Welt- und deutschen Geschichte seit 1917 gilt. Und es geht in diesem Artikel um Überlegungen, die aus der Zeitgeschichte in die Sozialwissenschaften, also in die Soziologie und in die Politikwissenschaft eindringen.

## ***Begriffsklärungen***

Zum Motto dieses Textes habe ich gewählt einen Satz von *Bertolt Brecht*, der auf *Hegel* und ursprünglich auf den Kirchenvater *Augustinus* zurückgeht: „*Die Wahrheit ist konkret*“ — aber ich habe diesen Satz in Frageform formuliert. Dabei soll „konkret“ aber nicht das *Hegel-Marxsche* „konkret“ meinen („konkret“ als das aus vielen „Bestimmungen“ Zusammengefasste), sondern „konkret“ im alltagssprachlichen Sinn als das „Greifbare, Wirkliche, Körperliche, Anschauliche.“

Die affirmative Verwendung des „Wahrheits“-Begriffs in meinem

---

1) Basis dieses Artikels ist die Abschiedsvorlesung an der Marburger Philipps-Universität am 27. Januar 2006, deren Inhalt für das internationale Publikum der „Dokkyo Review“ hier in einigen Aspekten erweitert wurde.

Obertitel ist natürlich, wie einige bereits vermuten, etwa mit einer *radikal-konstruktivistischen Position* in der Philosophie und in den Sozialwissenschaften unvereinbar. Um meine Distanz zum Konstruktivismus verständlich zu machen, greife ich erneut auf *Brecht* zurück, indem ich eine Brechtsche Parabel über einen Philosophenstreit im alten China zitiere:

„Bei der Diskussion der Frage ‚Ist der Gelbe Fluß wirklich, oder existiert er nur in den Köpfen‘ wurde der Kongreß der Weisen vom Hochwasser überrascht und kam um.“ So konnte die Frage ‚Gibt es den Gelben Fluß wirklich‘ vom Kongress nicht mehr beantwortet werden. Die Parabel ist wiedergegeben bei *Klaus von Beyme*, Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Ich gehe also nicht von der Unmöglichkeit, die Wahrheit zu finden, aus — sondern von dornigen Wegen und vorsichtigen Schritten zum Finden der die Wirklichkeit *abbildenden* Wahrheit.

### ***Zu meinen Erfahrungen als Zeitgeschichtler in Deutschland***

Zunächst zu meiner Herkunft: Für einen Wissenschaftler, der aus einem protestantischen Pfarrhaus kommt, ist *Wahrheit* eine zentrale Kategorie. „Die *Wahrheit* wird Euch frei machen.“ (Evangelium des Johannes, Kapitel 8, Vers 33) Die Dichotomie *Wahrheit* und *Lüge* prägte ganz die jugendliche Existenz.

Im Studium und in der Politik, letztere stark von „Gesinnungsethik“ geprägt (im Sinne von *Max Weber*), ging es ebenfalls um die *Wahrheit*. *Lüge* war verachtungswürdig. Das Gerede von der Wiedervereinigung im Kalten Krieg, und zwar im Niemandsland der Ost-West-Konfrontation, schien uns zutiefst *verlogen*: so sahen wir die Auftritte *Konrad Adenauers*. *Gustav Heinemanns* Rücktritt war auch deshalb so eindrucksvoll, weil er *Adenauer* vorwarf, ihm nicht die *Wahrheit* gesagt zu haben über seine heimlichen Pläne einer bundesdeutschen „Wiederbewaffnung“. Auch der spätere *Heinemann* war für uns bewunderungswürdig — bei seiner Rundfunkansprache als Bundesjustizminister während der „Osterunruhen“ 1968 sagte er: Wer mit dem Zeigefinger auf andere zeige, sehe, dass drei Finger auf ihn zurückdeuteten. Die *Wahrheit* sei also: Was er anderen vorwerfe,

habe auch seine Ausgangspunkte in ihm selbst.

Meine wichtigste wissenschaftliche Prägung erfuhr ich in meiner Doktorandenzeit. Es war die Zeit der beginnenden Studentenbewegung in der Bundesrepublik, also der Achtundsechziger Zeit. Ich lebte damals in den Städten Bonn und Wuppertal. Archivstudien führten mich nach Düsseldorf und Hamburg, Zeitzeugen-Interviews nach München, Marburg und Berlin. 1970 brachte mich eine Assistenten-Tätigkeit in eines der damaligen Zentren der — späten — Studentenbewegung, nach Heidelberg.

Inhaltliche Auseinandersetzungen in den sozialwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen, die ich erlebte, blieben recht begrenzt. Es ging zumeist um präzises Zitieren von bedeutenden Texten. Es machte sich hier — wie *Johan Galtung*, der berühmte norwegische Friedensforscher, einmal spöttisch bemerkte — die *teutonische* Variante des sozialwissenschaftlichen Diskurses bemerkbar, die vor allem darin bestand, um die richtige Interpretation bedeutender Texte miteinander zu ringen. Etwas anders sah die Welt auf den Teach-Ins aus, die in großen Universitäts-Hörsälen stattfanden. Es ging — auch in West-Berlin — zunächst einmal um *deutsche und internationale Politik*<sup>2)</sup>. Meine Bonner Universität machte sich im Sommersemester 1965 dadurch einen Namen, dass sie einen Wissenschaftler-Kongress beherbergte, bei dem es um nichts anderes ging als um die Verhinderung einer Verfassungs-Änderung, nämlich um die Verhinderung der Einfügung von Notstands-Artikeln in das bundesdeutsche Grundgesetz. Im bundesdeutschen Sinne Liberale, Sozialdemokraten und Marxisten unter den Hochschullehrern aus der Politikwissenschaft und Philosophie spielten sich in der Abwehr der zu befürchtenden Verfassungsänderung gegenseitig die Bälle zu; die Schlusskundgebung im Innenhof der Universität geriet zu einer Manifestation einer angeblichen bundesdeutschen Bevölkerungs-Mehrheit gegen das Parlament, vorgetragen durch einen allseits hochgeschätzten Juraprofessor der Bonner Universität.

Die Teach-Ins ab dem 2. Juni 1967, dem Zeitpunkt des ersten von Polizisten getöteten Studenten, wurden allerdings — nicht nur in West-

---

2) So auch der Titel einer damals sehr verbreiteten sozialwissenschaftlichen Zeitschrift.

Berlin — dann erheblich aggressiver. Es wurden insbesondere Fragen nach möglichen faschistischen Innenstrukturen in der Exekutive des Bundes und der Länder gestellt. Aber es ging auch hier immer wieder um politische Strategie. Die bekannten Debatten aus der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung wurden wiederbelebt. Transformation der kapitalistischen Gesellschaft durch Mehrheiten und Reformpolitik in eine sozialistische Gesellschaft — oder durch Straßenkämpfe und Revolution — das war die überall auf solchen Teach-Ins behandelte Thematik. Vor allem in West-Berlin ging es in den großen Auditorien der Universitäten aber auch bereits um die sogenannte Revolution in der Dritten Welt, der die — zugegebenermaßen privilegierte — Studentenschaft „in den Metropolen“ zu Hilfe eilen sollte. Auch bekannte Philosophieprofessoren spendeten öffentlich Geld für „Waffen für den Vietcong“, also für die vietnamesische Befreiungsbewegung. Und in dieser Phase ab 1967 traten auf den Teach-Ins „Studentenführer“ auf, die sich selbst schon als wissenschaftliche Autoritäten verstanden. So *Rudi Dutschke* in West-Berlin, so *Hans-Jürgen Krahl* in Frankfurt am Main und so auch *Joscha Schmierer* in Heidelberg.

Bedenklich war zweierlei: Auch auf den Teach-Ins zitierten die Sprecher der verschiedenen Fraktionen die Lehrmeinungen von Größen der Arbeiterbewegung und des Sozialismus gewissermaßen als „Heilige Texte“, neben *Marx* vor allem die Schriften und Sprüche von *Lenin* und *Mao Tse Tung*; irgendwelche Infragestellungen wurden nicht erlaubt oder von den Anhängern niedergebrüllt. Dieselben „Sprecher“ der Studentenbewegung landeten übrigens später überwiegend in der Politik und wechselten dann lässig ihre Vorbilder: Ein Heidelberger „Studentenführer“, der nichts auf *Lenin* kommen ließ, begegnete mir 15 Jahre später auf einer Akademie-Tagung als Berater *Joschka Fischers* und hymnischer Lobessänger auf die US-amerikanische, angebliche Fundamentaldemokratie.

Auch das Erscheinungsbild der Bürgersöhne — denn Arbeiterkinder gab es fast noch keine auf der Universität — war merkwürdig: Man trank Bier aus der Flasche und sprach, so gut man konnte, Dialekt auf den Versammlungen — so wie man dies von richtigen Arbeitern erwartete —,

orientierte sich aber in Einzelgesprächen schon auf wissenschaftliches Fortkommen und eine gutbürgerliche Lebensperspektive.

Das heißt: Mir erschienen viele „Revolutionäre“ unglaublich. Auch wenn es mir im Nachhinein Achtung abverlangt, dass einige Heidelberger Studenten — nach Auseinandersetzungen mit der Polizei auf Demonstrationen — die Bundesrepublik verließen und im Land ihrer Hoffnung zu überleben versuchten, in diesem Falle China.

Ich selbst vertrat das Konzept einer sozialistischen Demokratie a la Chile — in der Ökonomie sozialistisch, aber rechtsstaatlich und über korrekte Präsidenten- und Parlamentswahlen legitimierbar. 1973 initiierte ich — schon Professor in Marburg — ein Teach-In zum Protest gegen den Militärputsch im lateinamerikanischen Land.

Mein Eintritt in das Institut für „Wissenschaft von der Politik“ der Marburger Philipps-Universität sollte — ich wurde im August 1972 durch den hessischen Kultusminister *Ludwig von Friedeburg* berufen — denn auch ganz der *wissenschaftlichen Wahrheit* gewidmet sein. Allerdings auch dem mir möglichen Beitrag zur Unterstützung sozialistischer Positionen in der bundesdeutschen Gesellschaft.

Die frühen Siebziger Jahre schienen zumindest für Konzepte politischer und ökonomischer Planung aufnahmefähig zu sein — es handelte sich bekanntlich um die *Ära Brandt* — selbst beim liberalen Koalitionspartner — in den Personen *Karl Hermann Flach* und *Werner Maihofer* — war man politischer Planung gegenüber aufgeschlossen, genauso übrigens wie mein liberaler Doktorvater *Karl Dietrich Bracher*.

Es ging also nicht nur um das Herausfinden der *Wahrheit* — etwa in der Frage: wer war schuld am Nationalsozialismus? Unterstützte ihn nicht in Wirklichkeit die breite Bevölkerung auf seinem Weg zur Macht? — gerade hier verdanke ich dem Zeitgeschichtler *Bracher* wichtige Einsichten — oder etwa in der Frage der Versäumnisse der bundesdeutschen Politik im Blick auf die „Wiedervereinigung“. Es konnten in der politikwissenschaftlichen Lehre in Marburg auch andere Themen präsentiert werden: Bei mir beispielsweise in Lehrveranstaltungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wirtschaftssystem der Bundesrepublik die Frage nach der Ein-

kommensverteilung, also die Frage nach innergesellschaftlicher *Gerechtigkeit*.

Besonders wurden in meiner Lehre *einerseits* die Geschichte der sozial Benachteiligten, insbesondere der Arbeiterklasse, in Deutschland und in Westeuropa behandelt, aber auch die moderne Geschichte der Aufstände und Rebellionen; ich konnte hier wichtige Impulse meines Wirtschafts- und Sozialgeschichtsstudiums bei *Wolfgang Zorn* in Bonn umsetzen. Außerdem konnte ich an den mich tief faszinierenden Titel des Marburger Politikwissenschaftlers *Wolfgang Abendroth* anknüpfen, dessen bei Suhrkamp veröffentlichte Vorlesung „Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung“ ich gewissermaßen — wie in einem Fernstudium — verschlungen hatte.

Und *andererseits* wurde zu einem Schwerpunkt meiner Lehrtätigkeit die Geschichte neuer sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik. Diese Geschichte beginnt bekanntlich mit der Auseinandersetzung um die „Wiederbewaffnung“ und die „Atombewaffnung“ der Fünfziger Jahre und sie endet nicht mit den Neuen Sozialen Bewegungen der Siebziger und Achtziger Jahre (Anti-AKW-Bewegung, Regionalismus und neue Friedensbewegung). Ich konnte zuweilen auch die europäische Ebene miteinbeziehen — etwa in der Friedensbewegung Großbritannien und die DDR.

Das heißt nicht, dass ich mich ab den Siebziger Jahren nicht auch mit anderen Themen beschäftigt hätte bzw. beschäftigen musste: Es ging innerpolitologisch unter anderem um Politikfelder (also um *policies*), bei mir etwa um *Energiepolitik* und um *Medienpolitik*. In beiden Feldern war die Perspektive so etwas wie demokratiewissenschaftliche Politikberatung; es ging also um das Aufzeigen von wissenschaftlich geprüften Alternativen für die aktuelle Politik in der Bundesrepublik.

Aber es gab auch interdisziplinäre Anstrengungen. Interdisziplinär, also in der Kooperation mit anderen Fächern, war eines meiner Themen Französische und Deutsche Literatur des 20. Jahrhunderts und ihre Impulse auf die Politik sowie deren Rückwirkungen auf die Literatur (vor allem durch Zensur, Bücherverbrennung und Vertreibung). Hier verdanke ich viel den Literaturwissenschaftlern *Dieter Bänisch* und *Hermann Hofer* —

sie vertraten die deutsche und die französische Gegenwartsliteratur an der Philipps-Universität: Die Kontexte unserer Veranstaltungen reichten von der Dreyfus-Affäre und *Emile Zolas* erfolgreicher Intervention gegen den um sich greifenden Antisemitismus in Frankreich — wir sprechen heute von einer ersten zivilgesellschaftlichen Kampagne in einer modernen Demokratie — bis hin zur „Gruppe 47“ im Westdeutschland der Nachkriegszeit und dem politischen Wirken ihrer Mitglieder. Zuletzt nahm ich hier die heute noch prominenten Schriftsteller dieser „Gruppe 47“ in den Blick, nämlich *Hans Magnus Enzensberger* mit seiner heute eigentümlich affirmativen Essayistik und den Romancier *Martin Walser*, dessen Rede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1998 eine neue Rolle von Schriftstellern in der Bundesrepublik zu umreißen scheint: die eines scheinbar naiven *Stichwortgebers* für alle, die meinen, es müsse endlich Schluss sein mit immer neuem Räsonnieren über die Schuld der Deutschen in den Jahren des Nationalsozialismus.

In den Neunziger Jahren kam bei mir eine Beschäftigung mit politischer Philosophie hinzu — angeleitet durch die Rezeption des amerikanischen Pragmatismus und des Kommunitarismus durch *Jürgen Habermas* und in Marburg angeregt durch meinen Kollegen *Thomas Noetzel*. Sie führte mich zu intensiver Beschäftigung mit jenem demokratischen Denken, das in der amerikanischen Revolution bedeutend geworden war, und mit dem Weiterwirken dieses Impulses bis in die amerikanische politische Debatte der Gegenwart. Hier — etwa bei *Henry David Thoreau* — entstanden bereits im 19. Jahrhundert zivilgesellschaftliche Impulse, die im heutigen amerikanischen Kommunitarismus zu einer Strategie der innergesellschaftlichen Demokratisierung führen, wie sie etwa von *Benjamin Barber* entwickelt wurde.

Und in diesem Zusammenhang verschaffte mir mein erster Aufenthalt in Japan im Frühjahr und Sommer 1997 — eingeladen durch die Dokkyo Universität — eine interessante Erweiterung meines politischen Horizonts: In Japan gab es eine Fülle zivilgesellschaftlicher Aktivitäten — in der Tradition der eigenen Friedensbewegung, der Bewegung zur Abschaffung der Atomwaffen weltweit; wesentlich mehr bürgerschaftliche Aktivität als

im Deutschland der 90er Jahre — so schien es mir jedenfalls. Durch solche Aktivitäten wird Demokratie erst fundiert, würde ich heute sagen.

Meine frühe Beschäftigung mit Themen der Bundesrepublik-Opposition führte 1975 zu der Anregung des sozialwissenschaftlichen Lektors des Stuttgarter Kohlhammer-Verlages, den ich aus meiner Heidelberger Zeit (1970–1972) kannte, mein besonderes Interesse für Arbeiterbewegung, Linksparteien und Neue Soziale Bewegungen in den — wie er meinte — erfolgversprechenden Versuch einzubringen, eine „Politische Geschichte der Bundesrepublik“ zu schreiben. Es war ein sehr waghalsiges Unterfangen — eine „Geschichte der Bundesrepublik“ gab es bis dahin noch nicht. Ein Einlassen hierauf erforderte, dass ich mich — wie schon in meinem Studium — wieder stärker genetischen Fragen und Fragen nach Bedingungen und Abläufen gesellschaftlicher Veränderungen zuwandte. Folgende Fragen stellten sich etwa: Wie kam es zur Achtundsechziger Bewegung und wie erklärt sich ihr geradezu „kulturrevolutionärer“ Erfolg in der Bundesrepublik?

Aber auch hier wurde für mich besonders wichtig die *Wahrheitsfrage*: Stimmt es etwa — so fragte ich —, dass erst das Godesberger Programm die SPD in der Bundesrepublik regierungsfähig gemacht hat, wie in der Publizistik, aber auch in der Wissenschaft immer wieder behauptet wurde? War demgegenüber nicht die Loslösung von Arbeitnehmerfamilien aus bisherigen Bindungen an ländliche und kirchliche Traditionen das entscheidende Moment für die Wahlerfolge der SPD in den 60er und 70er Jahren? Oder: War die Ostpolitik *Willy Brandts* und *Egon Bahrs* eine Politik der Anpassung an den Realen Sozialismus, wie in den Siebziger und Achtziger Jahren von vielen Zeitgenossen behauptet? Trug sie aber in Wirklichkeit nicht wesentlich zur Delegitimierung der osteuropäischen Regime bei ihren Bevölkerungen bei, insbesondere in der DDR?

Nun wird — ich komme auf den Obertitel meines Artikels zurück — aus dem Raum sozialwissenschaftlicher Diskurse heraus bezweifelt, dass es überhaupt *wahr* und *unwahr* gäbe, dass die Wirklichkeit nicht in der *Wahrheit* abgebildet werden könne, bzw. dass unsere Bewertung von Vorgängen der Zeitgeschichte Konstruktion sei — ich erinnere an den



eingangs erwähnten „radikalen Konstruktivismus“, aber auch an den französischen Poststrukturalismus eines *Jean-François Lyotard*; es gehe — so *Lyotard* — bei der Geschichtsschreibung nur um den Versuch, aus der Geschichte *unsere eigene Geschichtenerzählung* zu machen.

Tatsächlich ist die Gefahr groß, dass in der Interpretation von Abläufen und bei der Analyse von Gründen die eigenen Vor-Meinungen und die eigenen weltanschaulichen Prämissen die Ergebnisse prägen. Es gibt hier die ironisch gemeinte Frage des deutsch-amerikanischen Historikers *Fritz Stern*: „Was ist der Unterschied zwischen Gott und den Historikern? Gott kann die Vergangenheit nicht ändern“ (zitiert nach der *tageszeitung* vom 25. Januar 2006). Es gehen also in die historische Darstellung und Analyse immer auch die eigenen Wünsche und Befürchtungen ein, die dann das Bild der jeweiligen Vergangenheit verändern. Gegen diese Gefahr, dass aus „Geschichte“ „Geschichtenerzählen“ wird, hilft nur Zweierlei: komme wieder auf meinen wichtigsten akademischen Lehrer *Karl Dietrich Bracher* zurück —: Zweierlei, nämlich *Wahrheitsliebe* beim Beschreiben und Interpretieren der Ereignisse, der Abläufe und ihrer Ursachen *sowie* freundliche und vorurteilsfreie *Skepsis* beim Rezipieren der Ergebnisse der bisherigen Forschung: Es ist gut, die inhaltliche, und das heißt auch die weltanschauliche Position der Autorin/des Autors bzw. der Forschergruppe zu kennen, die man gerade rezipiert.

### ***Die Sozialwissenschaftler und die Großereignisse***

Ein zentraleres Problem scheint mir aber in dem Wunsch der Sozialwissenschaften zu liegen, *Wahrheit* in *Strukturen* und in *Systemen* zu verorten und nicht im Konkreten, Körperlichen, Anschaulichen. Ich werde mich nun dieser Fragestellung widmen, weil sie die Beziehung zwischen Sozialwissenschaften und Geschichtswissenschaft in zentraler Weise betrifft.

Meine Interpretation dieser System- und Struktur-Orientierung in den Sozialwissenschaften, insbesondere in der Politikwissenschaft, ist die folgende: Sozialwissenschaftler wollen *gestalten*, wollen das soziale Leben *verbessern* oder auch nur das vorhandene gesellschaftliche und politische System *sicherer machen*. Sie suchen jeweils nach einer wissenschaftlichen

Basis für ihre Gestaltungsansprüche. Das gilt für die Gesellschaftslehrer des Mittelalters wie etwa *Thomas von Aquin* genauso wie für eine große Zahl bedeutender Soziologen und Politikwissenschaftler der Moderne, eine zeitgenössische Ausnahme etwa bildet *Niklas Luhmann*. Das Bemühen um eine wissenschaftliche Basis für Politikberatung, ja -gestaltung *erfordert* nun die Gewinnung von *Prognosefähigkeit* auf der Grundlage *systematischer empirischer Forschung*. Es sei denn, dieses Bemühen leitet sich direkt ab aus den Werken großer Denker oder ihrer Nachfahren — ich denke da etwa an *Marx* oder an den italienischen Marxisten *Antonio Gramsci*.

Allerdings werden die Sozialwissenschaftler immer wieder zurückgeworfen oder in neue Richtungen gedrängt durch ganz konkrete historische *Großereignisse* oder mit ihnen verbundene *gesellschaftliche Umbrüche* — wie etwa durch den 9. November 1989 oder durch den 11. September 2001; oder beispielsweise der Wahlsieg *Margaret Thatchers* in Großbritannien am 4. Mai 1979, ein ideologiepolitisches Großereignis. Solche Großereignisse prägen die Hypothesen, von denen aus geforscht wird. Ein eindrucksvolles Beispiel für eine solche sich radikal verändernde Hypothesenbildung bildet etwa der sich in Europa völlig wandelnde sozialwissenschaftliche Diskurs um den *Sozialstaat* nach dem Sieg *Thatchers* und danach *Reagans* in Amerika. Haben hier nicht die Sozialstaats-Diskussion bis in die 80er Jahre in der deutschen Politikwissenschaft weitgehend prägenden West-Berliner Autoren die „*Sozialstaatsillusion*“ als Ausgangspunkt gewählt? Und plädieren ihre damaligen Weggefährten und Schüler nicht heute — 20 Jahre später — gerade *für* die Erhaltung und *Sicherung* jenes so „illusionären“ Sozialstaats?

Ein solcher *Paradigmenwechsel* — ich zitiere den amerikanischen Wissenschaftshistoriker *Thomas S. Kuhn* — ist in der Geschichte der Wissenschaften nichts Neues. Wohin etwa hat das Großereignis des Jahres 1755 die Nachdenklicheren unter den Gebildeten Westeuropas geführt, das Erdbeben von Lissabon? *Goethe* beschrieb es im Nachhinein so: „Vergebens suchte das junge Gemüt sich gegen diese Eindrücke herzustellen, welches überhaupt um so weniger möglich war, als die Weisen und Schriftgelehrten selbst sich über die Art, wie man ein solches Phänomen anzusehen habe,

nicht vereinigen konnten.“ (Werke 9, 31) Dem Knaben war angesichts der Zerstörung einer der blühendsten Städte Europas die „Güte Gottes einigermaßen verdächtig“ geworden (9, 47). Auch für die schon erwachsenen *Voltaire*, *Rousseau* und *Kant* wurde dieses Erdbeben Anlaß zum Umdenken. (Die Auswirkungen „unseres Erdbebens“, des 11. September 2001 auf unser Denken, auf unser Mutmaßen sind uns meines Erachtens noch gar nicht voll bewusst.)

Allerdings gilt ebenso: Die Sozialwissenschaften erfahren auch einmalige Impulse durch bestimmte *Großereignisse*, durch damit verbundene *gesellschaftliche Umbrüche*. Diese vermögen ihnen Freiräume zu schaffen, institutionelle Grundlagen vermitteln usw. Zu nennen ist hier für die deutsche Politikwissenschaft der 8. Mai. Das Fach, in dem ich in Marburg 33 Jahre lehrte, die bundesdeutsche Politikwissenschaft, verdankt seine institutionelle Entstehung und Prägung jenem 8. Mai 1945, der nicht nur das Denken der Gelehrten immens beeinflusste. Aus Kritikern der Demokratie — ich denke da auch an tapfere Gegner des Nationalsozialismus — wurden emphatische Befürworter. Hatte etwa *Karl Jaspers*, der mit dem Begriff „Die Wandlung“ in den Jahren vor 1933 die geforderte „Wandlung“ der Weimarer Demokratie verband — nun mit der Gründung der gleichnamigen Zeitschrift im Oktober 1945 nicht die „Wandlung“ hin zur Demokratie im Auge? Im Falle der deutschen Politikwissenschaft nach 1945 führte diese Orientierung am 8. Mai bezeichnenderweise auch dazu, dass das Fach von seinen Verächtern — unter seinen Nutznießern — als das Fach der „Besiegten von 1945“<sup>3)</sup> geschmäht wurde.

Wenn es Großereignisse und gesellschaftliche Umbrüche sind, die dem sozialwissenschaftlichen Diskurs eine jeweils neue Richtung zu weisen vermögen, so wird eingewandt, sie kämen — soweit es sich *nicht* um Naturereignisse handelt — durch gesellschaftliche Entwicklungen zustande, beispielsweise der 11. September, dem aber — wie bei anderen Konflikt-Ereignissen auch — in Wirklichkeit auseinanderlaufende Entwicklungen

---

3) So von einem C4-Professor der Heidelberger Politikwissenschaft, Hans-Joachim Arndt, in seinem Buch „Die Besiegten von 1945“, Berlin 1975.

in verschiedenen Gesellschaften zugrundeliegen. Indessen: Wir können diese gesellschaftlichen Entwicklungen in ihrer Dramatik erst *post festum* (nach den Ereignissen) feststellen.

Ein aufschlussreiches Beispiel für diese Situation, gewissermaßen vor unserer Haustür, stellt der Zusammenbruch der DDR 1989/90 dar: Wer etwa hat diese Dynamik vorausgesehen? Wie weit war politikwissenschaftliche Prognose entwickelt, um den sich danach rasch vollziehenden Zusammenbruch des europäischen Realen Sozialismus in naher Zukunft voraussagen zu können? Es ließen sich leicht die Koryphäen der deutschen Politikwissenschaft „vorführen“, wenn wir deren Texte zur DDR- oder „Sozialismus“-Forschung noch unmittelbar vor dem 9. November zusammenstellen würden. Sozialwissenschaftler, insbesondere Politikwissenschaftler haben *bislang* immer nur die Chance, „hinter den Ereignissen her zu analysieren“, um es noch einmal deutlich zu formulieren. Für *Klaus von Beyme* sorgt hier in seiner erwähnten „Theorie der Politik im 20. Jahrhundert“ die *Chaostheorie* für einen gewissen Trost: Sie lehre, dass das Verhalten von Systemen, zumindest langfristig, ohnehin nicht vorhersehbar sei (1991, S. 218).

Wie wird mit dieser Situation von unserer Politikwissenschaft umgegangen? Ich zitiere erneut *Klaus von Beyme*: Der Heidelberger Politikwissenschaftler sieht (1991, S. 350) in „großen Ereignissen“ zumindest neue „*opportunities*“ für sozialwissenschaftliches Forschen und — darauf aufbauend — politisch-gesellschaftliches Handeln. Es würden nach Großereignissen einmal *die* und ein andermal *die* Instrumentenkästen aus der Schublade geholt. Während etwa in den 80er Jahren mit sich nach den Ölkrisen weltweit wieder erholenden Wirtschaftskonjunkturen eine „Dekonstruktion“ des Politischen an Plausibilität gewonnen habe und auch von vielen Politikwissenschaftlern vertreten wurde — kämen nun — nach dem 9. November 1989 — bald wieder ganz andere Hypothesen und Handlungsanleitungen ins Spiel: „Kommende Herausforderungen der realen Politik . . . Katastrophen, Migrationswellen ungekannten Ausmaßes, wirtschaftliche Einbrüche können rasch den Bedarf an Steuerungstheorien wieder wecken.“ (S. 356)

Wer möchte ihm da widersprechen? Die Frage ist nur, ob das jeweils neue *Paradigma*, also die neue Denkweise, nicht wiederum völlig veränderte Instrumente, beispielsweise der politischen Planung und Steuerung erfordert. Also ganz neue Instrumentenkästen.

Und wie sieht diese Situation nun für andere Fächer, insbesondere für mein eigenes Fach, die Zeitgeschichte, aus? Ist sie besser geeignet, mit Großereignissen, mit gesellschaftlichen Umbrüchen umzugehen? Haben sie, die Historiker und Zeithistoriker, stärker auf die Empirie konzentriert, nicht bessere Karten in der Erfassung und in der Analyse der politischen Wirklichkeit? Ich gehe noch einmal auf den 9. November 1989 zurück: Lagen sie mit ihren Vermutungen zur Zukunft der DDR Anfang 1989 nicht genauso falsch? Und ließen sich einige Geschichtswissenschaftler — nach dem 9. November 1989 — nicht dazu verführen, wieder für ein neues *Bismarck-Reich* zu plädieren mit einem hegemonialen Deutschland als „ehrlichem Makler“ zwischen Ost und West?

Gewiss: Die Zeitgeschichtler lagen ebenso daneben — trotz ihrer Quellen-Fixierung. Allerdings haben die Historiker es viel leichter: Sie erheben nicht diesen „gestalterischen“, „planerischen“ Anspruch wie die meisten Sozialwissenschaftler; sie konzentrieren sich ganz auf das Auffinden der *Wahrheit*. Dafür wuchert bei den deutschen Historikern aber immer auch, so meine ich, die emphatische Vorstellung im Kopf, ihre Forschung und Lehre böte — so oder so — Wesentliches für das gesellschaftliche Ganze, für die Deutschen, für den Staat Bundesrepublik, für Europa und für die Welt.

Immerhin bietet — dies sei in unserem Zusammenhang besonders betont — das Wirken jüngerer, vollständig in der Bundesrepublik oder der DDR sozialisierter Historiker auch die *Chance*, als Nachgeborene des 8. Mai — nicht zu vergessen, auch des 27. Januar 1945, des Tages der Befreiung von Auschwitz durch die Armee der Sowjetunion — *Erinnerungsdiskurse* zu generieren: Und zwar indem sie rücksichtslos, ohne Bemäntelungsinteressen, aufdecken, wie es unter der Herrschaft des Nationalsozialismus „wirklich gewesen“ (*Leopold von Ranke*). Diese Bemäntelungsinteressen hatten ja lange noch in die Zeitgeschichtsforschung hineinge-

wirkt. Für die Befunde dieser Nachgeborenen, dieser neuen Historikergeneration, wäre dann wirklich die lateinische Formel angebracht, die das Ethos der historischen Forschung repräsentieren möchte: „Historia docet“ (Geschichte lehrt).

### ***Welche Schlussfolgerungen sind zu ziehen?***

Wäre es nicht dennoch verhängnisvoll — diese Frage stellt sich mir nun am Ende meines Artikels —, wenn Geschichtswissenschaft an den Universitäten, an den Schulen und Akademien ganz an die Stelle der Politikwissenschaft träte — auf Basis ihres enger eingegrenzten Forschungsspektrums, auf Basis ihrer, wie methodisch gefordert, größeren Distanz zu ihren Gegenständen?

Was würde fehlen? Und warum bin ich deshalb froh, fast mein ganzes bisheriges akademisches Leben im Umkreis von Politikwissenschaftlern verbracht zu haben? Ich kann im Rahmen dieses Artikels nur auf die mir wichtigsten Dimensionen und Themen verweisen, die defizitär blieben, wenn die methodisch strengere Geschichtswissenschaft die Politikwissenschaft ersetzen würde.

*Erstens:* Es fehlte eine intensive, sich auch von den jeweiligen Zeitumständen lösende Beschäftigung mit dem Ideen-Kanon bisherigen politischen Denkens; und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt: was hat die politisch-philosophische Autorin, der politisch-philosophische Autor wohl gemeint — sondern unter allen möglichen Gesichtspunkten, insbesondere auch unter neuen Anknüpfungsmöglichkeiten, neuer Anschlussfähigkeit in der Gegenwart. Ich denke da insbesondere an *Hannah Arendt*, die sich ihrerseits nicht scheute, in ihren Plädoyers für politisches Denken und Handeln quer durch die Jahrhunderte, ja Jahrtausende zu springen. Auch das traditionelle und gegenwärtige Denken in anderen Zivilisationen könnte wesentliche Impulse für die Befriedung und Weiterentwicklung unserer Welt bereithalten — ich denke hier an die Plädoyers des israelisch-amerikanischen Politikwissenschaftlers *Amitai Etzioni*.

*Zweitens* (und damit zusammenhängend): Die Universitäten — nicht nur in Deutschland — sind auch im 21. Jahrhundert Orte politischen

„Vorwärtsdenkens“. Wo, wenn nicht hier, können öffentlichkeitswirksam Ideen, Entwürfe, Modelle für ein befriedigenderes Zusammenleben von Menschen diskutiert und — vielleicht sogar — erprobt werden als an den Universitäten? Trotz weitgehender Verschulung im Rahmen der neuen Studiengänge BA und MA — dies gilt zumindest für Deutschland — und trotz teilweise völlig andersartiger Erwartungen des akademischen Arbeitsmarktes. Nicht in Parteien, in Gewerkschaften — schon gar nicht in Regierungs-Kommissionen — kann das Buch Politische Utopie aufgeschlagen werden, können bessere Zukünfte erdacht, erprobt werden. Nur an den Universitäten ist dies — über einen größeren Zeithorizont hinweg — möglich. Nur hier — ganz selten auch in ThinkTanks wie etwa im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) — kann für Neue Soziale Bewegungen vorausgedacht werden, kann z.B. feministische Politik entwickelt werden, kann es Brainstorming und Entwürfe für eine konstruktive Vernetzung von Politikfeldern geben, z.B. von Bildungs- und Medienpolitik.

Und hier könnte die Politikwissenschaft auch wieder zu jener Wirklichkeitsnähe zurückfinden, die sie im Labyrinth der Systemtheorie- und insbesondere der *Autopoiesis*-Debatten zeitweilig verloren hat — ich denke hier wiederum an den großen, die Politikwissenschaft stark beeinflussenden Denker *Niklas Luhmann* und an seine Bielefelder Schule. Ein nur für sich selbst relevantes Politisches System — das meint in meinen Augen die „Autopoiesis“ (ein Kunstwort aus dem Altgriechischen, lexikalisch erklärt mit *Selbstproduktion*, *Selbstreferenz*) — kann nichts beitragen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, zur Gestaltung und Beeinflussung künftiger Politik.

Deshalb gilt es, ein *emphatisches Dennoch* zu sagen, wenn es darum geht, die durch Zeitläufte immer wieder aus dem Konzept geworfene Politikwissenschaft zu bewerten. Trotz ihrer Schwächen ist sie für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Projekte, überhaupt für die Weiterentwicklung der Demokratie, und das heißt auch: für die Arbeit an der Sicherung der Menschenrechte, unverzichtbar.

Dabei kann es aber nicht allein um Demokratie und um die den

demokratischen Prozess konstituierenden klassischen Grundrechte gehen — es geht auch um die Sicherung der Lebensrechte der Menschen überall in der Welt.

Individualistische und ökonomistisch-individualistische Betrachtungsweisen sind — wie ich sehe — gegenwärtig ohnehin zentrale Forschungsansätze in anderen Fächern, in der Betriebswirtschaft, aber auch in der Volkswirtschaft, sogar in der Rechtswissenschaft. Die Politikwissenschaft hat sich deshalb — wie die Soziologie — nach wie vor um die Menschen und ihre Bedürfnisse, aber auch um funktionierende *Communities* zu kümmern. Dies nicht als Hypothese, sondern als dauerhafte Aufgabenstellung — gemeinsam mit dem immerwährenden Projekt der Erforschung der Wahrheit.

#### **Ausgewählte Literatur**

Wolfgang Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1965.

Benjamin Barber, Starke Demokratie, Hamburg 1994.

Klaus von Beyme, Theorie der Politik im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1991.

Karl Dietrich Bracher, Wendezeiten der Geschichte, Stuttgart 1992.

Amitai Etzioni, Die Verantwortungsgesellschaft, Frankfurt am Main — New York 1997.

Johan Galtung, Struktur, Kultur und intellektueller Stil, in: Leviathan 1983, S. 303–338.

Jürgen Habermas, Was den Intellektuellen auszeichnet, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2006, S. 551–557.

Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, 3. Aufl., Köln 1984.

Hans Karl Rupp, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., München — Wien 2000. Japanische Übersetzung durch Mitsuo Fukaya und Atsushi Yamamoto, Tokyo 2002.

Hans Karl Rupp, Politik nach Auschwitz, Münster 2005.